

General: Sturmbriaden! Die Vordringenden der kommunistischen Bewegung

Morgen wird Genosse Hermann Kemme 50 Jahre alt. Genosse Kemme ist ein alter Kämpfer des Proletariats, der jahrzehntlang seine Kraft in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt hat. Schon in der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit führte er einen erbitterten Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus. Er hat sich große Verdienste um die Herausbildung der kommunistischen Partei Deutschlands zu einer bolschewistischen Massenpartei und zur Führerin des Proletariats erworben. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse hofft, daß Genosse Kemme noch lange auf seinem hervorragenden Kampfposten für die Befreiung vom kapitalistischen Joch wirken möge.

Es geht um Milliarden

Auf rund 33 Milliarden wird das Jahreseinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger geschätzt. Man kommt in der Presse nun zum Ausdruck, daß die Lohnenkung an den Berliner Metallarbeitern die Generalrichtung für ganz Deutschland angeben soll. In der Tat aber hat der Schiedsspruch in der sächsischen Metallindustrie bewiesen, daß die Bourgeoisie noch härtere Lohnsenkungen durchzuführen will. Geht den Fall, es würde bei 8 Prozent hinhängen, so läme für die Unternehmer das runde Stämmchen von 2.640 Milliarden als Ergebnis an den Löhnen in Betracht.

Über 2 1/2 Milliarden nur am Lohn und Gehalt zu profitieren, ist schon eine ganz nette Summe. Sie ist sogar höher als die auf Grund der Youngpolitik festgesetzten Reparationsbeiträge.

Die Dresdner Volkszeitung schreibt gestern von einer Lohnenkung, die insgesamt eine Milliarde betragen soll. Das Märchen benutzt eben jede Gelegenheit, um seine Arbeiterleser über die Tausenden hinwegzuführen. Das entspricht natürlich vollkommen der Rolle der SPD, die dafür da ist, die Arbeiter zu „beruhigen“. Jetzt hat in der Vorstandssitzung des Gesamtverbandes sächsischer Industrieller der Direktor Dr. Bramstedt vom Institut für Konjunkturforschung die Behauptung aufgestellt, daß besonders wegen der „hohen Löhne“ sich die sächsischen Kapitalisten in einer „Kollage“ befinden. Es ist bekannt, daß die Herren Wissenschaftler immer gerade die „Theorie“ aufstellen, die für die Ausbeuter nützlich ist. Während des Krieges war es die „Theorie“ von dem „hohen Nährwert“ der Rohstoffe und jetzt sind es die „überhöhten“ Löhne. Die Arbeiter werden diesen Schwindel, auch wenn er etwas gelehrig aufgesetzt ist, durchschauen. Wir hatten schon oft Gelegenheit, die Lügen von der „Wirtschaftsnot“ zu widerlegen. Aber wir müssen in diesem Zusammenhang einige der neuesten Dividendenzahlen erwähnen. Dabei ist hervorzuheben, daß die Dividenden kein Bild der wirklichen Profite abgeben. In Wirklichkeit sind die Gewinne bedeutend höher. Die Betriebe schreiben in der Regel die ganzen Erweiterungsbauten sofort ab. In den letzten Jahren sind die Kapitalien vieler Großbetriebe verdoppelt, verdrei- und vervierfacht worden; die Reservefonds sind riesig angeschwollen, und immer noch werden Kapitalerhöhungen vorgenommen, die vielfach den Aktionären als Gratifikation mit sofortiger Dividendenberechtigung geschenkt werden. Ein typisches Beispiel der „Wirtschaftsnot“ ist der Abschluß bei

der Nitische AG für Kinetographen und Filme in Leipzig, der auf eine Dividende von 50 Prozent lautet. Die Schifferhobbauei in Frankfurt will 20 Prozent, die „Vish und Kraft“ 10, Guicholmann & Hütte 10, Rheinmetall 7, Wolfsmannerei Leipzig 5, Wamag-Reguin AG Berlin 6, Sanrlches Brauhaus Ploetzheim 6, die Herrensheimer Glashütte 8 Prozent auszahlen.

Diese wenigen Angaben genügen, um unter Beweis zu stellen, wie herzlich die Zeiten jetzt für die Kapitalisten sind und wie ein schändlicher Schwindel es ist, von „überhöhten“ Löhnen zu reden. Vor allem aber verdient hervorgehoben zu werden, daß sämtliche angeführten Firmen zu der von den Nazis so gepriesenen Bande der „ehrbaren schaffenden“ Kapitalisten gehören.

Diese Herrschaften wollen noch größere Profite machen. Deshalb der Generalangriff auf die Arbeiterklasse. Sollte der Lohnabbau für die 250 000 sächsischen Metallarbeiter acht Prozent betragen — in Wirklichkeit wird er bedeutend höher sein —, so

Agitpropkonferenz

für die Unterbezirke Zittau und Bautzen am 22. und 23. November im „Volks-park“ in Löbau.

heute das einen runden Profit von 60 bis 70 Millionen Mark. In ganz netter Betrag, dem zuliebe die Herren Industriellen, wie Wülke, sich schon einmal zum Mitarbeiter an dem lechender SPD-Wälzchen herablassen können.

Es geht für die Industriellen um Riesensummen. Deshalb ist es verständlich, daß die großen Kämpfe der Arbeiterklasse von Seering „vorstreckt“ wurden durch das „Republikanische Gesetz“, deshalb war die erste „Tat“ Gezeins mit dem Verbot der „Noten Fahren“, weil dieser SPD-Politiker gerade in den für das Riesengeschäft der Berliner Metallindustriellen kritischen Tagen die schärfste Waffe der Berliner Metallarbeiter ausschalten mußte.

Die Tatsachen werden jedem SPD-Arbeiter beweisen, daß Kommunisten und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition verdammt recht haben, wenn wir behaupten, die SPD-Führer ein schändliches Spiel mit den Arbeitern. Das wenn die Arbeiter nicht völlig verleidet werden, durch den Verstoß. Die Metallarbeiter und -arbeiterinnen müssen zur Wehr sehen. Sie müssen kämpfen ober den Hungerer noch enger schmalen.

Darum, SPD-Arbeiter, besinnt euch auf eure große revolutionäre Tradition der Vorkriegszeit. Einheitsfront im Kampf gegen die Lohnräuber. Einheitsfront der Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen im Kampf um die vierstundigenwoche bei vollem Lohnausgleich, ist das dringendste Erfordernis.

In der Vorkriegszeit marschierte die Gewerkschaftsbewegung erts, weil sie geschloffen und entschlossen den Kapitalisten frontal recht haben, wenn wir behaupten, die SPD-Führer ein schändliches Spiel mit den Arbeitern. Das wenn die Arbeiter nicht völlig verleidet werden, durch den Verstoß. Die Metallarbeiter und -arbeiterinnen müssen zur Wehr sehen. Sie müssen kämpfen ober den Hungerer noch enger schmalen.

SPD-Arbeiter, parteilose Klassenkämpfer! Grobalarm! Ge zu uns, ehe der Feind den Arbeitern weitere Schläge schlägt! In brüderlicher Kampfgenossenschaft sind wir nur unüberwindlich, sondern siegreich. Es lebe die „Arbeitsfront“ aller Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Helfershelfer!

„Wir müssen selbst kämpfen!“

Belegschaftsversammlung von Kunde & Sohn fordert Streik gegen Lohnraub / Abrechnung mit den DMB-Führern / Einstimmige Annahme einer Entschloßung für die Forderungen der RGD

In einer hartbesetzten Betriebsversammlung nahm gestern die Belegschaft von Kunde u. Sohn zu dem Manteltarifschiedsspruch für die sächsischen Metallarbeiter Stellung. Die Ordonnanzverwaltung des DMB, die zu dieser Versammlung eingeladen war, erschien nicht. Sie ließ erklären, daß ihre Betriebsversammlungen acht Tage vorher (!!) zur Kenntnis gebracht werden müßten und sie jetzt „niemand hätte“ in die Versammlung zu senden. Diese Mitteilung quitierten die Kollegen, mit der Bemerkung, daß die Vertreter Angst haben, um sich vor der Arbeiterklasse zu verantworten. Nach einem mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Referat des RGD-Vertreters Genossen J. w. d. r. brachten mehrere Arbeiter in der Diskussion zum Ausdruck, daß sowohl der Berliner Kampf, wie die sächsische Metallarbeiterbewegung im Zusammenhang mit dem Preislenkungsamt der RGD die Niederlagenstrategie der Reformisten aufzeige und nur die RGD die Interessenvertreterin der Arbeiter sei. So erklärte ein Arbeiter:

„Die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Generalversammlung des DMB besagt gar nichts. Die Reformisten wissen, daß der Schiedsspruch auf Antrag der Unternehmer verbindlich erklärt wird. Dann werden die Hände und Kollegen kommen und sagen: „Geht nicht“ dar nicht werden, denn der Streik ist ungeschicklich.“

Ein anderer Kollege brachte zum Ausdruck, daß man gegen den Preislenkungsamt der Brüning-Regierung, den die Reformisten unterstützen, mit allen Mitteln kämpfen müsse. Ein alter Arbeiter führte aus:

„Der Grundloß der Gewerkschaft war: einen Stundenlohn als Beitrag. Heute zahlen wir 1,50 Mark Beitrag und haben 80 Pf. Stundenlohn. Wir müssen unter der Führung der RGD kämpfen, daß unser Lohn erhöht wird.“

„Die Reformisten werden keinen Kampf gegen den Schiedsspruch führen. Wie Arbeiter selbst müssen zum Kampf übergehen, wenn wir unsere Verhältnisse nicht noch weiter verschlechtern wollen!“

waren die Ausführungen eines anderen Kollegen. Einstimmig gelangte dann folgende Entschloßung zur Annahme:

„Die Betriebsversammlung von Kunde u. Sohn lehnt den Schiedsspruch zum Manteltarifvertrag ab und erhebt schärfsten Protest gegen die Taktik und Politik des DMB. Die Kollegen fordern von der übrigen Belegschaft und den Kollegen der anderen Metallbetriebe, sofort alle Maßnahmen zu treffen, damit der Kampf gegen den Schiedsspruch und gegen den Lohnabbauvorkoh der Unternehmer aufgenommen werden kann.“

Die Belegschaft von Kunde u. Sohn wird in kürzester Zeit eine neue Betriebsversammlung abhalten, um entsprechend der Situation weitere Beschlüsse zu fassen.

Die von gutem Kampfeswillen getragene Versammlung der Belegschaft von Kunde u. Sohn muß für die anderen Metallbetriebe eine Aufstachelung sein, auch in diesen Betrieben entschloßen vorzustoßen und die Betriebsgruppen der RGD aufzubauen, um erfolgreich den Kampf gegen Unternehmer, Staatsapparat und reformistischen Verrat führen zu können.

Lohnraub an 3200 Walzwerkproleten

8 Prozent, rückwirkend ab 1. November, für Berliner Arbeiter

Hannover, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der den Metallarbeitern durch den berühmten Lohnhauer Schandipruch zur Genüge bekannte Schlichter Kötter hat einen Schiedsspruch für die Peiner Walzwerke und die Mitter Hütte gefällt. In diesem Schiedsspruch wird eine Lohnenkung von 8 Prozent mit Auswirkung vom 1. November festgelegt. Die Arbeitszeit wird auf 57 Stunden wöchentlich festgelegt. Die Arbeiterzeit wird auf 57 Stunden wöchentlich festgelegt. Kötter nimmt den Berliner Schiedsspruch zur Grundlage dieses Schiedsspruches und erklärt, daß die Lohnenkung am wirtschaftlichen Grundens erfolge. Von dem Lohnabbau werden 3200 Arbeiter betroffen.

GBD und Nazis verteidigen Millionäre

Berlin, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Donnerstagsabstimmung des Preussischen Landtages wurden die Einkommensteuervereiche Brauns, die mit dem Brüning-Programm durchwegs übereinstimmen, mit 251 gegen 110 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, der eine Sonderbesteuerung der Vermögen über 50 000 Mark, sowie der Dividenden und Ausschüttungsanteilen und Einkommen über 50 000 Mark vorschlägt, wurde von allen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Junge Garde beschloßnahmt

Berlin, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die letzte Nummer der „Jungen Garde“, dem Organ des RGD, wurde vom Antagonisten Berlin-Mitte beschloßnahmt, weil sie die Züchtigung Jörgels durch einen Jugendgenossen auf der ersten Seite gebracht hatte. Das Antagonist Berlin-Mitte steht darin eine Herabwürdigung der Republik und geht mit den Paragraphen des Republikungesetzes gegen die „Junge Garde“ vor.

Grzejinski befiehlt Versammlungsüberwachung

Puttammer reaktionäre Regime wieder in voller Blüte

Berlin, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident, Grzejinski, veröffentlicht eine Mitteilung, in der angekündigt wird, daß er in Zukunft in politischen Versammlungen Polizeibeamte zur Überwachung entsenden werde, denen er, wie einst Puttammer und v. Jagow, die Befugnis erteilt, die Versammlungen aufzulösen, sobald irgend etwas „Gleichwidriges“ gesagt werde (dazu gehören auch „Not-Front“-Rufe). Grzejinski will diese gegen das revolutionäre Proletariat gerichteten Maßnahmen als Vorzeichen gegen die Nationalsozialisten darstellen. Dabei muß aber Grzejinski sich selbst Lügen Irren; denn die Vorgänge seit seinem Amtsantritt beweisen das Gegenteil.

GBD-Schubso schießt Arbeiter nieder

Die „Freiheit“, unter Federbogen in Düsseldorf, macht über die „unrechtmäßige“ Erhöhung des Arbeiters Wüllig bei dem So-

zialisten in Hilben aufbelebender Enthüllungen. Neben dem Bürgermeister Pech, der den Reich zum Schließen in Hilben gebeten hatte und der die Polizeidirektion persönlich gefeuert hat, stellt die „Freiheit“ fest, daß der Täter, der den Arbeiter Wüllig niederschloß, der sozialdemokratische Stadtrat Kandidat, Polizeiwachmeister Stupin, ist.

Er hat das Leben unseres Genossen Wüllig auf dem Gewissen. Während ein anderer Polizeibeamter nur Schredschüsse in die Luft abgab, hat der sozialdemokratische Stadtrat Stupin unseren Genossen Wüllig nicht nur beschloßt, sondern angeheißt zahlreicher Straßenpassanten und Demonstranten an die Wand gestellt und talblütig niedergebroschen.

Diese ungeheuerliche Tat wird von der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse totgeschwiegen. Sie reißt sich würdig den Hutbecheln des Senerzig an, der in die Anwendung „schärferer Waffen“ in Krefeld der Polizei anempfohlen hat und jetzt verantwortlich für die Blutaktionen dieser Polizei ist.

Nazis kommen ins Ruffden

50 Prozent Stimmenverlust in Jiegenheim

Wie aus Kassel gemeldet wird, wählte am vergangenen Sonntag die Stadt Jiegenheim in der Schwalm eine neue Stadtverordnetenversammlung. Bei einer der Reichstagswahl entsprechenden Wahlbeteiligung von 80 Prozent erlitten die Nazis einen Stimmenverlust von über 50 Prozent. Ihre Stimmenzahl sank von 249 auf 117. Jiegenheim galt bisher als eine Hochburg der Nazis. Die Niederlage ist um so bemerkenswerter.

Zerlegung im „Dritten Reich“ schreitet fort

München, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Gauzeitung Ost-Hannover der NSDAP ist im öffentlichen Probandat bekannt, daß sie mit Einverständnis der Reichsleitung die Ortsgruppe Untermeier (Wermersböhren, Wermersböhren) aufgelöst hat.

Das ist der Sinn der „Preissenkungs“-Redereien

Berlin, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der von der Brüning-Regierung eingeleitete Ausdruß zur Durchführung der „Preissenkungsaktion“ hat gestern getagt und die Arbeit verteilt. Ueber das Ergebnis der Tagung selbst wird amtlich nichts mitgeteilt. Wie aber aus den Verhandlungen des Reichsernährungsministeriums mit den Spitzenorganisationen des Handels hervorgeht, lassen zunächst einmal die Kalkulationen nachgeprüft werden. Mit der Reichsbahn sollen besondere Verhandlungen über die Senkung der Tarife stattfinden. Das wird für Dortmund bei Anloß sein, gegen die Löhne und Gehälter der Eisenbahner einen Vorstoß zu unternehmen.

So wollen Faschisten euch aushungern

Berlin, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Haushaltungsausdruß des Reichstages hand die Frage der vollstren Einfuhr von Gefrierfleisch, das um

Streik gegen die Diktatur Steuern

Am Sonntag, dem 16. 11., vormittags 10 Uhr, findet im Bürgergarten, Dresden-Löblau,

eine öffentl. Volksversammlung

der Kommunistischen Partei gegen die Steuerdiktatur statt. Es sprechen

Stadtverordneter Martin Schneider, außerdem ein Dresdner Gastwirt über den Stand des Steuerstreiks in Dresden.

etwa 50 Pf. unter dem Preis des Frischfleischs liegt, gehen zur Beratung. Die Regierung hatte mit der Verlegung eines Gefrierfleischgesetzes, wonach die Einfuhr in Zukunft verboten werden soll, den Agrariern Rechnung getragen. Die Kommunisten beantragten, daß eine Menge von 120 000 Tonnen jährlich zu 11 Pf. eingeführt werden solle. Der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhoitz erklärte im Namen seiner Fraktion, daß die Nazis für die Vorlage der Regierung und damit gegen die sozialistische Einfuhr billigen Gefrierfleisches für die notwendige Bevölkerung seien. Die Nationalsozialisten unterstützen somit den Hungerkurs des Young-Systems.

Lohnabbau auch für Straßenbahner

Essen, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der allgemeine Lohnabbau im Ruhrgebiet und im übrigen Reich wird auch auf die Straßenbahner ausgedehnt, um so mehr, als eine Verständigung mit der Bürokratie des Gesamtverbandes mit der DGB und der Straßenbahndirektion herbeigeführt wurde. Diese Stellungnahme hat nun dazu geführt, daß auch der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Straßenbahnen den bestehenden Lohnstuf zum 30. November gekündigt hat. Die Löhne sollen auf das Niveau von 1927 gebracht werden. Verhandlungen mit der Bürokratie sind ergebnislos verlaufen. Sie vertrieht sich jetzt schon hinter die Schlichtungsverhandlungen, die in den nächsten Tagen stattfinden werden. Von der Kündigung werden alle Straßenbahnen von Duisburg bis Hamm betroffen.

Witterungsaussichten: Keine wesentliche Veränderung